

Bitte recht friedlich

> Zivilklausel

Am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) wird auch Rüstungsforschung betrieben. Jetzt streiten Studenten für das klare Bekenntnis, dass Forschung keinen militärischen Zwecken dienen soll. Die KIT-Führung aber zögert.

Am KIT wird heiß diskutiert. Grund: Die Mehrheit der Studierenden fordert die Einführung einer so genannten Zivilklausel, wie sie bereits seit 1956 für das Forschungszentrum Karlsruhe (FZK), heute Campus Nord, gilt. Forschung soll mit ausschließlich friedlichen Zielen betrieben werden, so der Wunsch der Studierenden. Während die Universitäten Konstanz und Tübingen eine solche Klausel in ihren Hochschulordnungen stehen haben, sträubt sich die KIT-Leitung weiter dagegen. Fürchtet das KIT etwa um lukrative Gelder? In Zeiten knapper Kassen durchaus denkbar. Anselm Laube, Vorsitzender des Unabhängigen Studierendenausschuss (UStA), lässt das nicht gelten. „Wenn staatliche Gelder für Forschungszwecke ausgegeben werden, möchten wir auch wissen, wofür.“ Studenten sollten Klarheit darüber haben, für welche Zwecke die Ergebnisse ihrer Forschungsarbeiten verwendet werden. Beispiel Nachrichtentechnisches Institut: Erst über parteipolitische Anfragen, unter anderem vom Karlsruher Landtagsabgeordneten Johannes Stober (SPD), an die baden-württembergische Landesregierung und hartnäckige Recherchen von Studenten kam heraus, dass dort schon lange an einer Kommunikations-Software für multinationale Interventionstruppen unter dem Begriff „Software Defined Radio“ (SDR) geforscht wird. „Das hat mittlerweile auch der Leiter des Instituts bestätigt“, sagt Dietrich Schulze, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender des FZK und Beiratsmitglied der Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“. 538.000 Euro Drittmittel soll es dafür vom Verteidigungsministerium in den letzten Jahren gegeben haben. Vorgänge, die von der KIT-Leitung erst geleugnet, später dann verharmlost wurden. Auch der Sonderforschungsbereich „SFB/TR 28: „Kognitive

Automobile“ steht im Visier der Kritiker. Er erforscht die Übertragung menschlicher Fähigkeiten wie Wahrnehmen oder Denken auf Fahrzeuge. Intelligente Automobile nur für den zivilen Gebrauch? Dietrich Schulze zweifelt. Er ahnt eine Verbindung zum Exzellenzcluster „CoTeSys“ (Cognition for Technical Systems) unter Beteiligung der Universität der Bundeswehr München, wo an Kognition für Fahrzeuge und Roboter geforscht wird. Auffällig dabei: Hans-Joachim Wünsche, Leiter des Instituts für Technik Autonomer Systeme an der Bundeswehr-Universität, gehört auch zu den Leitern des SFB. Besteht hier eine Verstrickung von ziviler und militärischer Forschung? Eine entsprechende Anfrage von Abgeordneten der Fraktion Die Linke im Bundestag wurde von der Bundesregierung mit Hinweis auf die geschützte Forschungsfreiheit abgelehnt. Christoph Stiller, Sprecher des SFB, sagt: „Eine derartige Anfrage ist mir nicht bekannt. Es würde mich auch sehr überraschen, wenn der SFB 28 mit militärischer Forschung in einem Atemzug genannt würde.“ Die Studenten kämpfen indes weiter. Im Frühjahr findet ein Kongress zum Thema Militarisierung an Hochschulen statt. Das Thema soll publik gemacht, die Vernetzung militärkritischer Studenten vorangetrieben werden. Eine demokratische Lösung, die KIT-Satzung für die Aufnahme der Zivilklausel entsprechend zu ändern, scheint nämlich in weiter Ferne. Lediglich drei von insgesamt 58 Sitzen im KIT-Senat sind derzeit für Studierende vorgesehen. Immerhin: Die gerade erst durch den Gründungssenat beschlossene neue Satzung enthält eine Präambel, in der sich das KIT „in seinen strategischen Feldern Forschung, Lehre und Innovation sowie Dienstleistungen zu einem Handeln nach ethischen Grundsätzen“ verpflichtet. Konkrete Leitlinien sollen nun ausgearbeitet werden. Ob daraus ein klares Bekenntnis zur rein friedlichen Forschung resultiert und dies in eine Zivilklausel gegossen wird, bleibt aber vorerst fraglich. *David Wolf*



Forschen für den Frieden –
die KIT-Studenten wollen das
in der Satzung verankern.